

Fachtagung analysiert Strategien und Aktionsformen

Zu der Tagung „Die Partei ‚Die Rechte‘ - Ideologie, Aktionsformen, Gegenstrategien“ hatten das Ministerium für Inneres und Kommunales NRW und die Stadt Dortmund gemeinsam am Mittwoch, 25. November 2015, eingeladen.

Ziel der Tagung war es, in Dortmund ein deutliches Signal zu setzen, dass sich Kommunen, Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden im Kampf gegen Rechtsextremisten zur Wehr setzen und hierfür wirkungsvolle Gegenstrategien entwickeln. Eine weitere Absicht war, Berührungspunkte zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Behörden abzubauen und sie zu einem gegenseitigen Austausch zu motivieren.

Ins Depot an der Immermannstraße waren rund 200 Gäste gekommen: Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die sich in landesweiten oder örtlichen Bündnissen gegen Rechtsextremismus und für Demokratie engagieren sowie Fachkräfte aus der Arbeit gegen Rechtsextremismus, aus Wissenschaft und Bildungsarbeit, aus den Sicherheitsbehörden und dem Justizvollzug.

Partei als Schutzmantel

Der Fokus der Tagung lag insbesondere auf der Partei „Die Rechte“. Diese nutzt - als Auffangbecken für Aktivisten verbotener neonazistischer Organisationen - den Parteienstatus für ihre demokratiefeindliche Agitation und setzt ihn wie ein Schutzschild gegen die Maßnahmen des Staates ein. Moderatorin Asli Sevindim lud die Teilnehmenden ausdrücklich dazu ein, sich aktiv einzubringen. „Wir brauchen Ihre Ideen und Hinweise, um die verschiedenen Perspektiven eines breiten Spektrums in die Thematik einzubeziehen“, so Sevindim.

Das Programm eröffneten Oberbürgermeister Ullrich Sierau und Burkhard Freier, Leiter des Verfassungsschutzes NRW, im Gespräch mit Sevindim. Der Oberbürgermeister unterstrich, dass die Partei „Die Rechte“ keine Partei sei, wie es das Parteiengesetz einfordere, da sie keinerlei inhaltliche Arbeit leiste. „Das ist ein Zombieprodukt, das aus der Tatsache resultiert, dass die Kameradschaften verboten worden sind“, betonte der Oberbürgermeister. Die Mitglieder seien unter den Schutzmantel gekrochen und täten nun so, als wären sie Partei.

Rechtsextremismus: Angriff auf Demokratie und Lebensgestaltung

Wie bedrohlich dieser Zustand ist, erläuterte Verfassungsschützer Freier, der eine Einordnung der Partei „Die Rechte“ vornahm. Auch wenn nach den Anschlägen vom 13. November in Paris die Gefahr des gewaltbereiten Islamismus besonders im öffentlichen Fokus stehe, bleibe der Rechtsextremismus eine sehr ernste Bedrohung: „Paris war ein Angriff auf die Demokratie und auf unsere Lebensgestaltung. Diese Gefahr kommt von den Rechtsextremisten auch, deshalb sind wir als Sicherheitsbehörde so wachsam“, stellte Freier fest. Der Rechtsextremismus befinde sich in einer Phase, in der er glaubt, er könne sich durch Propaganda – beispielsweise gegen Flüchtlinge – in die Mitte der Gesellschaft bringen.

Die Partei „Die Rechte“ wird von den Sicherheitsbehörden als eine aggressiv-kämpferische Organisation eingestuft, die wesensverwandt mit dem Nationalsozialismus und der verbotenen „Kameradschaft“ in Dortmund ist und den Parteienstatus nur als Schutzschild hochhält. Freier warnte: „Man darf sie nicht unterschätzen. Sie haben eine gewisse Verschlagenheit, indem sie versuchen, mit ihren Hassbotschaften knapp unterhalb der Grenze zur Strafbarkeit zu bleiben.“ Auf die Frage nach geeigneten Maßnahmen gegen Rechts riet der Verfassungsschützer dazu, nicht ausschließlich auf Repression zu setzen, und verwies auf das „hohe Niveau der Gegenaktivitäten in Dortmund“ und die über 40 Netzwerke, die allein hier aktiv seien.

Interkulturalität ist die DNA der Stadt

Oberbürgermeister Sierau bekräftigte, dass Dortmund eine Stadt der Vielfalt, der Migration und der Integration sei. „Wir brauchen diese Interkulturalität. Das ist unsere DNA hier in Dortmund. Und die, die etwas dagegen haben, können diesen Entwurf nicht aushebeln. Es macht sie zunehmend unsicher, weil sie merken, dass sie in dieser Stadt nicht anschlussfähig sind. Die Versuche, Menschen einzuschüchtern, sind nichts anderes als konzeptionelle Hilflosigkeit.“

Freier betonte die Stärke einer „sehr wachen Zivilgesellschaft, die wir in Nordrhein-Westfalen haben“. Rechtsextremisten hätten es hier eher schwer, einen Fuß auf den Boden zu kriegen. Das, was sie erreichen wollten, schafften sie so nicht, bemerkte er. Die große Gefahr, die von der Partei dennoch ausgehe, beschrieb Freier wie folgt: Wenn diese extreme Partei versuche, Einfluss zu gewinnen in der Gesellschaft und schaffe das nicht durch viele Mitglieder, dann versuche sie es durch Einschüchterungen, Hetze im Internet und versteckte Aufrufe zur Gewalt.

Einschüchterungen sind für Zivilgesellschaft dramatisch

Aber, schränkte der Sicherheitsexperte Freier ein, die strafrechtlichen Möglichkeiten seien begrenzt. „Einschüchterungen sind für eine Zivilgesellschaft äußerst dramatisch, weil dann nämlich genau diejenigen, die wir in dieser Situation brauchen, den Schluss ziehen könnten ‚Ich mache nicht mehr mit‘. Und genau die brauchen unsere Unterstützung, die der Gesellschaft und die der Politik“, forderte Freier zum Engagement auf.

Der Nährboden für rechte Hetze werde von der Partei „Die Rechte“ und anderen organisierten Parteien gesetzt. Die Übergriffe erfolgten dann aber durch das Umfeld. „Deshalb muss man diese Partei eindämmen. Wenn ein Verbot schwierig ist, dann mit anderen Möglichkeiten“, so Freier.

Zu dem kürzlich veröffentlichten Gutachten, das der Verfassungsschutz NRW in Auftrag gegeben hatte, und das ein Verbot der Partei „Die Rechte“ kritisch sieht, sagte Oberbürgermeister Sierau: „Es hat mich nicht überrascht und es war klar, dass es hohe Hürden gibt durch den Parteienschutz. Aber zumindest ist folgendes Signal gesetzt: Solch eine Partei wie „Die Rechte“ hat im Parteienspektrum eines demokratischen Staates nicht zu suchen.“

Strategieentwürfe der Partei

Im Anschluss erläuterten Alexander Völkel, Journalist und Politologe sowie Dr. Christoph Busch, Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, Hintergründe und Handlungsfelder der Partei „Die Rechte“. Sie gingen mit einer „Legalistischen Politik“ vor, führte Völkel aus, durch ihre vermeintlich „parlamentarische“ Arbeit. Der Politologe weiter: „Dabei haben sie eine Doppelstrategie. Ein Ziel ist die Geldbeschaffung.“ Die finanzielle Entschädigung für Rat und Bezirksvertretung sollen, nach eigenen Aussagen, komplett an die Partei fließen, um Aktionen zu bezahlen. Außerdem erreichen sie so eine viel größere und auch eine andere Öffentlichkeit, als lediglich Neonazis.

Ein weiteres Ziel besteht in der Provokation. Durch eine Schwemme von Anfragen der Partei beschäftigen sie zum einen unverhältnismäßig die Verwaltung, zum anderen sorgen sie genau durch die Art und Inhalte der Anfragen für Entrüstung. Allerdings greift diese Strategie innerhalb der Anhängerschaft nur mäßig, da der „Papierk(r)ampf“ als langweilig empfunden wird. Es ist deshalb auch keine Überraschung, dass die Partei auf „Erlebnisorientierung“ setzt, die aus Bedrohung und Gewalt besteht und besonders junge Leute aus prekären Verhältnissen anlockt.

„Kümmerer“ und Medienspezialisten

„Neonazis fassen als ‚Kümmerer‘ Fuß“, erklärte Völkel. Die Strategie entfalte besonders auf dem Lande Wirkung, durch die Gegenwehr sehr viel weniger in Großstädten. In Dortmund allerdings stößt „Die Rechte“ auf günstige Rahmenbedingungen, weshalb sie hier neue Strategien ausprobiert. Der Politologe: „Zwar verfügen die gut organisierten Neonazis über ein großes Mobilisierungspotenzial, ihr Problem ist aber, dass Polizei und Antifa ihre Strategie geändert haben und sie so häufig in Bedrängnis bringen.“

Die Reaktion darauf ist, ihre Veranstaltungen mitunter zeitlich und räumlich zu verlegen, ohne es nach außen zu kommunizieren, was wiederum durch die fehlende Information die Anhängerschaft für die anberaumten Veranstaltungen dezimiert. „Dortmunder Neonazis haben sehr gute Netzwerke und sind bundesweit gern gesehene Gäste“, führte Völkel aus. „Sie haben mit der Unterstützung der HoGeSa allerdings auf das falsche Pferd gesetzt und wollen nun bei Pegida-Ablegern andocken.“ Die Stärke der Neonazis ist ihre technisch versierte Infrastruktur der Medien- und PR-Arbeit. Zentrales Medium stellt das „Dortmund-Echo“ mit 2,2 Millionen Besuchern dar. Im November 2015 ist der 2.000 Beitrag online gegangen. Die Seite hatte zu dem Zeitpunkt nach eigenen Aussagen 2,2 Mio. Besucher.

Zentrale Themen

Das Schwerpunktthema der Rechtsradikalen setzt sich zusammen aus dem Schüren der Angst vor einer angeblichen Überfremdung durch Flüchtlinge und „Zigeuner“-Zuwanderer, die sie als „Sozialschmarotzer“ dämonisieren. Sie stacheln gezielt gegen diese Personengruppen an, indem sie sie kriminalisieren und ein Bild der gesamtgesellschaftlichen Verelendung skizzieren. Völkel: „Forderungen nach Arbeitsplätzen, kostenlosen Sozialtickets usw. sind immer exklusiv zu verstehen: alles ‚natürlich‘ nur für Deutsche.“

Aggressive Parolen, aggressives Auftreten bei und in z. B. Dortmunder Bürgerinfoversammlungen, in denen es um die Unterbringung von Flüchtlingen ging,

dominieren inzwischen das Auftreten der Neonazis. Weitere Aktionsformen in mehreren Stadtteilen sind außerdem „Mahnwachen“ gegen geplante und schon betriebene Flüchtlingsunterkünfte oder aber auch illegale Aktionen mit nächtlichen „Hausbesuchen“ – mit Fackeln werden hier Bedrohungssituationen inszeniert.

Herausforderungen in der Zukunft

Diese regelmäßig abgehaltenen „Mahnwachen“ waren bis zum Frühjahr 2015 erfolglos. Bürger blieben fern. Die von der Partei ausgerufenen Bürgerbewegungen in Dortmunder Stadtteilen waren nur Zusammenkünfte von Unterstützern und Parteimitgliedern. Im Gegensatz dazu ist die Unterstützung im Netz deutlich größer.

Der Politologe: „Bei den Kommentaren geht es heftig zur Sache. Gegner werden als Volksverräter diffamiert.“ Als Gegner zählen sie Antifaschisten, Polizisten, Migranten, Politiker, Journalisten, Flüchtlingshelfer. Nicht immer bleibt es bei Verbalattacken: Allein in Dortmund sind schon fünf Tote zu beklagen. Auch der Zulauf zu „Mahnwachen“ hatte seit dem Sommer leicht zugenommen. Hinzugekommen sind hier teilweise sehr junge Menschen, Frauen und sogar Familien.

Der Politologe beschloss seine Rede mit dem Resümee: „Die Partei ‚Die Rechte‘ agiert immer an der Grenze der Legalität, dabei testen die Anhänger, wie weit sie gehen können, um Grenzen in ihrem Sinne zu verschieben.“ D. h. viele Aktivitäten lassen sich juristisch kaum ahnden. Völkel merkte an, dass die Justiz zu oft nur einzelne Ausschnitte betrachte, ohne das große Ganze zu berücksichtigen. Das ist eine Herausforderung, die zukünftig stärker zu beachten ist.

Parteiförmige Organisation als Feigenblatt

Dr. Christoph Busch, Verfassungsschutz NRW, vollzog in seinem Vortrag zunächst die Entwicklung des Landesverbandes „Die Rechte“ nach: „Der Landesverband ‚Die Rechte‘ fungiert als Auffangorganisation für die im August 2012 verbotenen Kameradschaften.“ Der bekannte Rechtsextremist Christian Worch gründete im Mai 2012 die Partei, die inzwischen 500 Mitglieder zählt, 280 davon in NRW. Im September desselben Jahres gründete sich der NRW-Landesverband kurz nach dem Verbot der Kameradschaft Nationaler Widerstand Dortmund (NWDO).

Vorsitzender wurde Dennis Giemsch, vormals Kameradschaftsführer des NWDO. Inzwischen gibt es 11 Kreisverbände allein in NRW, jedoch sind einige inaktiv oder virtuell. Insgesamt verfügt der Bundesverband über 10 Landesverbände, 28 Kreisverbände und 1 Landesgruppe. Der Dortmunder Kreisverband gilt als der aktivste und fungiert als Gravitationszentrum, d. h. andere Kreisverbände folgen Dortmunder Aktivitäten.

„Auch unzufriedene NPDler traten der Partei ‚Die Rechte‘ bei“, so Busch und erklärte: „Angesichts der Dominanz des Landesverbandes innerhalb des Bundesverbands ist von einer von NRW ausgehenden Radikalisierung der Partei auszugehen, die einhergeht mit einer stärkeren Aktions- und Gewaltorientierung.“ Zweck des Ganzen – hier schloss Busch nahtlos an die These Freiers an: Strategisch gilt die parteiförmige Organisation als Formalie, um staatlichen Repressionen zu entgehen. So gleichen die Aufmärsche von „Die Rechte“ eins zu eins denen der ehemaligen Kameradschaften.

Neues Image, alte Schläuche

„Entscheidend jedoch“, so Busch, „ist für die Ansprache junger Menschen das Image, nicht das Parteiprogramm. Die frühere Skinhead-Szene mit ihren Gewaltposen, die das Bild des Rechtsextremismus lange prägten, sprach nur einen relativ kleinen Bereich von Jugendlichen an.“ Das heutige Bild fängt eine sehr viel größere Bandbreite ein, die auch ansprechend auf Mädchen und insgesamt Jugendliche mit einer höheren formalen Bildung wirkt.

Busch bestätigte Völkel hinsichtlich der „Erlebnisorientierung“: „Gemeinschaft, Action, Anerkennung, große Gefühle stellen heute die wichtigsten Anreize der rechtsextremistischen Szene dar.“ Die „neue“ Szene baut ihr Bild auf einen „Coolnessfaktor“ und auf vermeintliche „Ideale“, z. B. im Bereich Umwelt- und Tierschutz oder eine vegane Lebensweise. Dabei sind die inhaltlichen Aussagen grundsätzlich die gleichen wie zuvor, nämlich die Nähe zum Nationalsozialismus. Die „Erlebniswelt“ Rechtsextremismus generiert sich also einerseits durch menschenverachtende Propaganda, lockt andererseits mit Konzerten, Partys, Sport und Spaß.

Gemeinsame Gegenstrategien

Die Gesellschaft verändert sich immer schneller. Das schürt Angst und dieser Umstand wiederum bricht extremen Lebensformen die Bahn – auch ist hier der Salafismus zu nennen. Freier mahnte: „Die Gesellschaft muss das neue Phänomen begreifen und sehr aufmerksam sein.“ Gesellschaftliche Stimmungen schaffen den Nährboden für Fremdenfeindlichkeit und schaffen Extremisten bzw. extreme Haltungen des bürgerlichen Milieus wie etwa der von Pegida.

Was nun ist zu tun? Der Verfassungsschützer: „Repression und Prävention sind keine Gegensätze. Repression setzt notwendige Grenzen und dient dem Schutz vor Einschüchterung und Gewalt. Prävention beugt Rechtsextremismus vor und stärkt die demokratische Kultur.“ Repressive Maßnahmen, etwa konsequente Strafverfolgung, erklärte Freier, seien Aufgaben von Polizei und Justiz.

Unterstützend wirkt dabei der Verfassungsschutz. Das Ministerium für Inneres und Kommunales hat mit einem Acht-Punkte-Programm den Verfolgungsdruck gegen Rechtsextremisten erhöht. Das Jugendministerium erarbeitet federführend mit allen Ministerien zurzeit ein Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus,

Schnittstellen gibt es darüber hinaus auch zwischen Staat und Zivilgesellschaft, z. B. organisiert der Verfassungsschutz NRW Veranstaltungen und Fortbildungen unter anderem für Pädagogen zur Aufklärung im Bereich Rechtsextremismus. Außerdem arbeitet der Verfassungsschutz im VIR-Projekt eng zusammen mit dem AK Ruhr bzw. dem Respekt-Büro der Stadt Dortmund und steht in gutem Kontakt zu den Ausstiegshilfen in Dortmund und Recklinghausen.

Rekrutierungsformen der rechten Szene

Im Stil eines World Cafés setzten sich die Teilnehmer der Tagung am Nachmittag an zwölf Thementischen zusammen. Sie tauschten sich aus, stellten Fragen und machten Lösungsvorschläge.

Wie rekrutiert die rechte Szene ihren Nachwuchs? Was bringt junge Menschen dazu, sich der Szene anzuschließen und wie kann man dem vorbeugen? Diese Fragen diskutierten die Teilnehmer am Thementisch „Rekrutierungsformen“. Häufig erfolgt der Einstieg in die Szene bereits im Alter von elf oder zwölf Jahren. Meist findet sich zuerst eine kleine Gruppe mit dem gleichen Gedankengut zusammen, bis durch eine Verknüpfungsperson der Anschluss an eine größere Gruppe oder Vereinigung geschaffen wird.

„Es fängt damit an, dass geschmacklose, vermeintlich lustige Filmchen herumgeschickt werden und Musik mit nationalsozialistischem Inhalt gehört wird“, sagte ein Teilnehmer.

Ein an diesem Tag immer wieder angesprochenes Problem: Die rechte Szene verspricht den Jugendlichen eine intensive Betreuung, die sie zu Hause oder in der Schule oft nicht bekommen. Außerdem bietet die Szene diverse Freizeitangebote und Erlebnisse in der Gruppe.

Wen die Mitglieder der rechten Szene als besonders empfänglich einstufen, der bekommt einen sogenannten „Kümmerer“ zugewiesen. Diese „Kümmerer“ würden sehr auf ihr Image achten, sich sogar den Eltern vorstellen und die Hausaufgaben der Jugendlichen kontrollieren, schildert ein Teilnehmer. Gleichzeitig würden die Jugendlichen immer tiefer in die Szene eintauchen.

Dabei sei die Hemmschwelle für Rechtsextreme, Jugendliche anzusprechen, immer niedriger. Über ein falsches Profil in sozialen Netzwerken könne man leicht herausfinden, ob der Jugendliche interessiert an einem Einstieg in die Szene sei oder nicht. Die Runde kam zu dem Schluss, dass Rekrutierungsformen der rechten Szene in der Schule stärker thematisiert werden müssten, um die Schüler zu sensibilisieren.

Unterschiedliche Ideologielieferanten

Am Thementisch „Musik/Konzerte“ hieß es einstimmig: „Aufklärung vor Repression“. Musik wird von der rechtsextremen Szene gern genutzt, um ihre Ideologie versteckt unter die Leute zu bringen. Wenn CDs beispielsweise auf Schulhöfen verteilt würden, sollten Lehrkräfte diese nicht einfach wegnehmen und dem Inhalt ignorieren, sagte ein Teilnehmer. „Lehrer sollten keine Angst haben, vor dem was da verteilt wird“.

Die Inhalte und die Herkunft von rechtsextremer Musik sollten im Unterricht besprochen, verschiedene Perspektiven mit einbezogen werden. „Man sollte sich auch mal die Begründung anhören, warum jemandem diese Musik gefällt. Vielleicht hat der eine ganz andere Sicht auf die Musik als es bei seinen Mitschülern der Fall ist“.

Die Erlebniskultur und das Gefühl der Zusammengehörigkeit waren auch am Thementisch „Nationale und internationale Verbindungen“ ein Thema. Ein Teilnehmer stellte fest: „Egal ob Salafismus oder Rechtsextremismus, bei jeder Form

sind die Zugänge die gleichen.“ Gerade Jugendliche aus sozial schwachen Verhältnissen oder mit privaten Problemen würden in der rechten Szene Halt finden.

Wer mit der Kerngruppe eine Reise in eine andere Stadt oder ein anderes Land unternahme, sei es zu einer Demo oder einer anderen Aktion, empfinde dieses Erlebnis als persönliche Aufwertung und Wertschätzung in der Gruppe.

Wie berichten? – Instrumentalisierung der Medien

Laufen die Medien Gefahr, rechtsextremen Gruppierungen in die Hände zu spielen? Wie sollte über Rechtsextremismus berichtet werden? Diese Fragen stellten sich die Teilnehmer am Thementisch „Instrumentalisierung der Medien“.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass die Medien einerseits ihrer Rolle als Chronisten gerecht werden müssten, andererseits aber darauf achten müssten, Rechtsextremisten nicht zu viel Aufmerksamkeit zu schenken. Wenn ein Medium beispielsweise über eine kleine Demonstration berichte, würde das andere Medium „aufspringen“. So käme es zu einer „kaskadenartigen Berichterstattung“, wie es ein Teilnehmer formulierte, und das sei genau das, was die Rechten wollten.

Ein Mitarbeiter der Polizei Dortmund betonte: „Es geht nicht um das ob, sondern um das wie der Berichterstattung.“ Das Wort sei das schärfste Mittel gegen Rechts. Über die angemessene Quantität der Berichterstattung über rechtsextreme Aktionen waren sich die Teilnehmer uneinig. Einstimmigkeit gab es in dem Punkt, dass auf die richtige Wortwahl geachtet werden müsse.

Verhalten in Räten und Bezirksvertretungen

In wenigen Städten der Region sitzen Vertreter der Partei „Die Rechte“ im Rat. Wie sollen Räte und Bezirksvertretungen mit der Präsenz rechtsextremer Vertreter umgehen? Ignorieren oder agieren? Das war Thema am Tisch „Verhalten in Räten und Bezirksvertretungen“. Die Gesprächsteilnehmer stellten zunächst dar, welche Maßnahmen in ihren Städten bereits ergriffen werden. Menschenverachtende Anfragen würden nicht bearbeitet, die Verwaltung antworte möglichst inhaltslos.

Außerdem gilt bei Ratssitzungen in Dortmund ein Handyverbot für die Zuschauer. Immer wieder sitzen in den Zuschauerrängen Anhänger der Rechten oder der NPD. Die Teilnehmer am Tisch forderten einen stärkeren Gebrauch der Hausordnung ein. Die Rechten sollten nicht die Aufmerksamkeit bekommen, die sie wollen und brauchen.

Partizipation ist Prävention

Die Ergebnisse der Thementische, Fragen, Problemstellungen und Vorschläge flossen in die anschließenden Diskussionspanels ein. Die übergeordneten Themen der Panels hierbei: Kommune, Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden. Im ersten Diskussionspanel diskutierten Hartmut Anders-Hoepgen, Sonderbeauftragter des Oberbürgermeisters der Stadt Dortmund, und Prof. Dr. Benno Hafener vom Institut für Erziehungswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg.

Von mehreren Thementischen kam die Anregung, Fortbildungen zum Umgang mit Rechtsextremismus sowohl für Lehrer als auch Fußballtrainer oder andere Multiplikatoren anzubieten. Ein Teilnehmer sagte, in der Schule, aber auch im Bereich Sport sei Aufklärungsarbeit sehr wichtig. Gerade in der dritten oder vierten Liga seien rechtsextreme Fankulturen sehr präsent.

Bedeutung von Netzwerken

Auch die Benutzung von sozialen Netzwerken wurde thematisiert. Hafener sagte, viele Erwachsene würden bei der rasanten Bedeutungszunahme der sozialen Medien im Leben von Kinder und Jugendlichen nicht mitkommen. „Lehrer erkennen die Symbole, die mediale Dynamik und Alltagskommunikation der rechten Szene nicht“, warnte er. Der Ausbau der Medienkompetenz sei hier essentiell.

Hartmut Anders-Hoepgen verband diese Anregung mit dem Dortmunder Aktionsplan gegen Rechts . Es gäbe fünf Handlungsfelder, das Feld soziale Netzwerke müsse im Aktionsplan aber ebenfalls berücksichtigt werden. Das werde in Zukunft der Fall sein – vor allem da sich die Rolle der sozialen Medien für die rechte Szene rasant entwickelt habe.

Mehr Wertschätzung von Jugendlichen

Ein Teilnehmer der Tagung sprach die geringe Wahlbeteiligung bei jungen Menschen an. Prof. Dr. Hafener: „Tatsächlich hat das Interesse an Politik bei Jugendlichen zugenommen, aber scheinbar ist dieses abgekoppelt von der Wahlbereitschaft“. Hafener sprach sich stark für eine Zunahme der Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche aus. „Demokratie braucht emotionale Anbindung durch Partizipation. Wenn die Anerkennung fehlt, die Erfahrung, dass ich durch meine Aktivitäten Einfluss nehmen kann und ernst genommen werde, dann bringt der Aufruf ‚geht zur Wahl‘ alle vier Jahre auch nichts“.

Hafener folgerte: „Je mehr Kinder und Jugendliche von Anfang an die Erfahrung machen, dass sie wertgeschätzt werden und dass ihnen zugehört wird, in allen Lebenswelten, desto geringer ist die Anfälligkeit für Ideologien“. Er machte auch den Vorschlag an Politiker, mit den Jugendlichen in direkten Kontakt zu treten. Anders-Hoepgen stimmte zu. Jugendliche dürften bei politischen Entscheidungsprozessen nicht abgehängt werden. „Wo Demokratie drauf steht, muss auch Demokratie drin sein“.

Aufklärung auf Augenhöhe

Welche Aufgaben muss die Zivilgesellschaft übernehmen? Darüber sprachen Jutta Reiter und Reinhard Koch im zweiten Diskussionspanel. Reiter ist Vorsitzende des DGB NRW Dortmund-Hellweg und Sprecherin im Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus. Koch leitet das Zentrum Demokratische Bildung in Wolfsburg und die Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt in Braunschweig.

Koch sagte, den Wertediskurs zur Flüchtlingsthematik müssten zivilgesellschaftliche Träger führen, die Zivilgesellschaft müsse Verantwortung tragen. Reiter stimmte zu: „Die Zivilgesellschaft muss Aufklärer sein und Treiber für demokratische Werte.“ Im Gespräch mit den Teilnehmern des Thementisches Musik schlug Koch vor, die

Aufklärung über rechtsextreme Musik könne über junge Menschen aus der Musikszene geschehen.

Beim Thema Aufklärung sei es stets wichtig, „sich auf Augenhöhe zu begegnen“, da brauche es keinen erhobenen Zeigefinger. Mit einer funktionierenden Beziehungsarbeit in der Zivilgesellschaft und guter Sozialarbeit könnten Jugendliche gegenüber rechtsextremem Gedankengut immunisiert werden. Reiter plädierte für mehr Courage. „Niemand darf abgehängt werden, darin liegt der Wert der Zivilgesellschaft.“

Bei rechter Gewalt nicht wegsehen

Zivilcourage war auch ein Thema im letzten Diskussionspanel „Sicherheitsbehörden“ mit Dortmunds Polizeipräsident Gregor Lange und Burkhard Freier, dem Leiter des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen. Freier betonte: „Eine starke Zivilgesellschaft ist eine der besten Sicherheitsmaßnahmen.“ Wenn die soziale Wärme in der Gesellschaft fehle, biete der Rechtsextremismus eine vermeintliche Zuflucht und Orientierung in Schwarzweiß-Denken, so Freier.

Gregor Lange appellierte, bei rechter Gewalt oder Bedrohung dürfe man nicht wegsehen, sondern müsse sich als Zeuge zur Verfügung zu stellen. Zum gesellschaftlichen Diskurs regte er an: „Es lohnt sich, die Werte der Demokratie, Werte wie die Menschenwürde und die Pressefreiheit, in den Blickpunkt der öffentlichen Debatte zu stellen, damit die Menschen sehen, was es zu verlieren gäbe.“ „Wir haben darüber geredet, wogegen wir uns einsetzen, aber nicht wofür uns einsetzen“, stellte Lange fest und fügte hinzu: „Demokratie lebt davon, dass Menschen sich für sie einsetzen, sie lebt von jedem einzelnen.“

Weiter sagte Lange, die Polizei müsse die Schwellen für Zeugen oder Opfer, sich bei der Polizei zu melden gering und das Zutrauen in die Polizei hoch halten. „Es gilt, das Vertrauen, das die Menschen in die Polizei haben, tagtäglich zu rechtfertigen. Wir als Polizei müssen das Signal senden: Wer sich an uns wendet, bekommt Hilfe.“

Wehrhafte Demokratie

Ein Teilnehmer aus dem Publikum äußerte Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes bei Zeugenaussagen oder bei Demonstrationsanmeldungen. Lange erklärte, es gebe in manchen Fällen die Möglichkeit für Zeugen, nicht ihre private, sondern die geschäftliche Adresse oder die Adresse des Parteibüros anzugeben.

Freier sagte, Opfer rechter Gewalt oder Einschüchterung müssten stets geschützt und unterstützt werden. Außerdem müsste stärker in langfristige Projekte gegen Rechtsextremismus investiert werden. Zum Schluss appellierte Gregor Lange noch einmal an die Gesamtgesellschaft: „Alle sind aufgefordert, mutig zu sein“. Eine „wehrhafte Demokratie“ sei unerlässlich.

Tagungsdokumentation Dortmund-Agentur

Linkbox:

<http://www.mik.nrw.de/startseite.html>

www.vir.nrw.de

<http://www.ak-ruhr.de/>

www.respekt.dortmund.de

<http://dortmund-hellweg.dgb.de/>